



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Materialien zur Polenpolitik

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

hat, wie Höflichkeit bei einem Chauffeur. In Birmasens aber, in Birmasens haben, wie eine Gerichtsverhandlung enthüllte, Lehrlinge von fünfzehn und sechzehn Jahren mit verbotenen Lederhändeln Vermögen von 50000 bis 60000 Mark verdient. Die soziale Entwicklung führt Grotesktänze auf und was täglich tausendfach geschieht, reißt Wunden in Existenzen, Seelen, Weltanschauungen, Würden und bisher unerschütterlich gewesene Begriffe. Da ist größer noch, als das Bedürfnis nach Butter und Eiern, das Bedürfnis nach Takt. Takt von denen, die auf der Butterseite des Kriegsschicksals sitzen, Takt von Händlern und Besitzern aller Art. Takt von den für Dinge, wie den Prinzenprozeß Verantwortlichen, Takt von jedem, der auch nur ein kleines Stückchen der so unendlich verschärften Staatsautorität verwaltet. Auch daheim brennen tausend empfindliche Wunden und brennen am schärfsten, wenn von tölpelhaften Händen das Salz der Taktlosigkeit hineingestreut wird. Ein neuer Knigge sollte neue Regeln über den Takt im Heimkrieg und den Umgang mit den wirtschaftlich und sozial kriegsbeschädigten aufstellen. Es sollte, um mit dem Kleinen aber Wichtigem zu beginnen, aus-einandersehen, wie taktlos es ist, irgendwie zu zeigen, daß man hat, was andere nicht haben, daß man „gottseidant“ keinerlei Mangel leidet. Es ist taktlos, öffentlich und förmlich demonstrativ gut zu leben, taktlos, mit Eleganz zu prozen, taktlos, Bucherpreise zu zahlen, taktlos, irgendwie eine Ausnahmestellung den Nöten der Zeit gegenüber zu markieren. Es ist stets taktlos, Leute, die sich aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen nicht wehren können, herrisch zu behandeln. Heute, da draußen alle die gleichen Gefahren, daheim die wirtschaftlich Schwachen zehnfache Nöte tragen und zur Rettung und Erhaltung des Vaterlandes alle gleich nötig und gleich bereit sind, ist das zehnfach taktlos. Jede Art der Unritterlichkeit gegen Frauen verstößt heute um so mehr gegen den Takt, als sich Schutzlosigkeit der Frauen und Anforderungen aller Art an die Leistung der Frauen umgekehrt quadratisch gesteigert haben und steigern werden. In diesem Sinne müßte Knigge redivivus ein neues Reglement aufstellen, das natürlich um erhebliche Kapitel länger ausfallen müßte, wenn es einigermaßen alle widerwärtigen Zeiter-scheinungen erfassen wollte. Sehr wichtig wäre ein Sonderkapitel für Staats-männer, Politiker und Zeitungsschreiber über den Umgang mit den redenden und schreibenden Feinden und von der durch mehr oder weniger bewußte Taktfehler oder eitler, streberischer Rechthaberei und Sucht, das kritische Lichtlein ja recht hell aus dem Leitartikel oder der geölten Rede heraus-schimmern zu lassen, betriebenen unfreiwilligen Waffenlieferung an diese. Dieses Kapitel müßte er zuerst schreiben, der neue Knigge. Meinen Sie nicht?

Ihr

Memo



## Materialien zur Polenpolitik

Das Polentum in der Ukraine. Die „Ukrainischen Blätter“ (Wien, Nr. 2 vom 21. Juni 1918) bringen einen Aufsatz vom M. Sriblanstj (Kiew) über die polnische Minderheit in der Ukraine, dem wir folgende Angaben entnehmen:

„Allerdings haben die Polen Anlaß zur Sorge. Vor allem für ihren Großgrundbesitz in der Ukraine, in dessen Besitz sie widerrechtlich in der Zeit der günstigsten geschichtlichen

Konjunktur gelangt sind. Man beachte nur die unermesslichen Latifundien, die sie in der rechtsseitig vom Dnjepr gelegenen Ukraine innehaben. (Tabelle umseitig.)

Dieser Grundbesitz ist Privateigentum der ehemaligen „Censowiki“, d. h. von insgesamt 6050 Personen, von denen 3247 auf Wolhynien, 1804 auf Kiew und 1409 auf Podolien entfallen. Was nun die ziffermäßige Stärke der polnischen Bevölkerung in der

Gouvernement	Eigentum der polnisch		Semstwo wähler:		zusammen	
	Deffätinen	Prozent	Deffätinen	Prozent	Deffätinen	Prozent
Wolhynien . . . .	1 030 927,29	45,7	1 224 379,61	53,3	2 255 306,90	100
Kiew . . . . .	638 782,93	41,1	914 653,41	58,9	1 553 436,34	100
Podolien . . . . .	636 348,95	53,0	564 260,23	47,0	1 200 609,18	100
	2 366 059,17	46,0	2 703 293,25	54,0	5 009 352,42	100

rechtsseitigen Ukraine anbelangt, so ergibt sich folgendes Bild:

	Seelen	Prozent der Gesamtbevölkerung
Wolhynien . . . . .	22 780	6,7
Kiew . . . . .	128 262	2,8
Podolien . . . . .	68 433	2,0

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn man die Konfessionsstatistik heranzieht. Danach gab es Römisch-Katholische, darunter Tschechen, Polen, Deutsche und Ukrainer:

Wolhynien . . . . .	353 597 Seelen
Kiew . . . . .	143 115 "
Podolien . . . . .	305 078 "

801 790 Seelen

das sind 6,3 Prozent der Bevölkerung.

Die Polen bringen es also selbst unter Zugrundelegung der optimistischsten Berechnung noch nicht auf 1 Million, was im Vergleich zur Bevölkerung der gesamten, also auch linksseitigen Ukraine kaum 2 Prozent ausmacht. Bei dieser Berechnung möchte ich auch noch kurz auf die amtlichen russischen Angaben vom Jahre 1897 hinweisen. Danach gab es in dem Gebiet der heutigen Ukraine: 76,9 Prozent Ukrainer, 12,4 Prozent Juden, 4,3 Prozent Russen und nur 3,3 Prozent Polen. Diese kaum ins Gewicht fallende polnische Minderheit besitzt jedoch in der rechtsseitigen Ukraine 46 Prozent des gesamten Gebietes. Das ist eine Tatsache, die geradezu lähmend wirkt. Dazu kommt dann noch, daß dieser polnische Grundbesitz den Stempel der feudalen Latifundien an sich trägt, der unseren demokratischen Staatseinrichtungen schon von vornherein fremd und feindselig gegenüberstehen muß.

Welche Folgen muß nun diese ungerechte Verteilung des Bodenbesitzes auf unser Verhältnis zu den Polen haben? Viele Tatsachen, namentlich das sehr fragwürdige Verhalten der Polen während der Bolschewikenherrschaft in der Ukraine, sprechen dafür, daß

uns die Polen, mit Ausnahme des ziffermäßig sehr schwachen demokratischen Flügels, hassen. Sie können sich nicht in den Gedanken hineinfinden, daß wir uns ein eigenes Staatswesen errichten und uns von der polnischen Bevormundung frei machen. Polnische Unduldsamkeit, polnischer Größenwahn und polnische Herrschsucht lassen eine Verständigung beinahe als aussichtslos erscheinen.

Auf welcher Basis sollten wir uns überhaupt einigen? Unser demokratischer Zug ist ihnen fremd, das gleiche gilt von der Sprache und unsere Tradition ist so ziemlich das Gegenteil von der polnisch-aristokratischen Überlieferung. Ukraine und Polen bilden unvereinbare Gegensätze und ein gütiges Zusammenleben läßt sich kaum ausdenken. Das polnische Element wird sich daher in der unabhängigen Ukraine immer fremd fühlen, in einem Staate, dessen bloßer Bestand schon die Stagnation des großpolnischen Gedankens, des sogenannten „historischen Polenreiches“, darstellt. Der polnische Kapitalismus wird auch auf die polnische Demokratie einwirken und auch in dieser nationale Ausdehnungsbestrebungen wachrufen. Politische Klugheit gebietet es also, die polnische Demokratie nicht nur nicht abzustößen, sondern in einen möglichst innigen Kontakt mit dem ukrainischen Staatswesen zu bringen. Wir wollen ja die nationalen Minderheiten in der Ukraine nicht etwa nach galizischem Muster der Polen unterdrücken. Das beweist allein schon die Tatsache, daß wir ihnen volle nationale Autonomie eingeräumt haben.

Englands Interesse an Großpolen. Die „Morning Post“ vom 12. Juni 1918 schreibt in einem Leitartikel: In Deutschland wird Rußland jetzt als deutsches Hinterland betrachtet. Finnland und die anderen baltischen Provinzen Rußlands werden bereits germanisiert, und durch diese Ausdehnung Deutschlands nach Osten ist Polen für Deutschland

wichtiger als je geworden. Die österreichische Lösung der polnischen Frage ist Deutschland nicht mehr genehm. Die deutschen Kaufleute lenken ihre Blicke zurück zu den Tagen der Hanse, in denen der russische Handel in Nowgorod von den preußischen Städten streng monopolisiert war; sie denken nicht daran, den russischen Handel mit Österreich zu teilen, und bestehen daher darauf, daß Polen in deutschen Händen bleibt. Österreich soll so geschwächt und in eine so untergeordnete Stellung gebracht werden, daß es künftig zu selbständiger Aktion ebenso unfähig wird wie Bayern oder Sachsen.

Deutschland beabsichtigt dazu das allerwirksamste Mittel anzuwenden, die Zollunion. Österreich, auf diese Weise wirtschaftlich an Deutschland gefesselt, wird nicht länger in der Lage sein, eine unabhängige polnische Politik zu treiben. Alle wahren Freunde Polens — und Polen hat mehr falsche als wahre Freunde — müssen sich gefreut haben über die neueste Erklärung der Westmächte, daß sie den Versuch machen wollen, ein unabhängiges Polen mit freiem Ausgang zur See bei Danzig zu schaffen. Gelingt das, so wäre es aus mit dem Papanz Mitteleuropa. Ein unabhängiges und völlig wieder vereinigtcs Polen würde Europa und die Welt von der drohenden preußischen Herr-

schaft befreien. Es würde die baltischen Nationen und vielleicht auch Rußland retten. Böhmen könnte mit einem solchen Nachbarn wieder einmal an seine Freiheit denken und würde sicherlich die Unabhängigkeit Italiens und der Balkanstaaten stützen. Man bedenke, was es für das baltische und östliche Europa bedeuten würde, wenn eine starke freie Nation sich zwischen Deutschland und Rußland einschleibt. Alle Schwärmer für Freiheit und freies Selbstbestimmungsrecht der Nationen würden dabei auf ihre Rechnung kommen. Wir für unser Teil sind für die Wiederaufrichtung Polens aus keinem erhabeneren Grunde, als weil wir sie für ein britisches Interesse halten. Sie würde zur Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts beitragen und die militärische Macht Preußens schwächen, die zum großen Teil auf Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen beruht, und auch Preußens wirtschaftliche Kraft würde in Schlesien und dem Weichseltal getroffen werden. Es würde ein mit dem deutschen rivalisierendes politisches und wirtschaftliches System entstehen. All das liegt im Interesse Großbritanniens, das jetzt von der deutschen Herrschaft und Kontrolle über Europa bedroht wird und jede Waffe gebrauchen sollte, um diese Gefahr zu vermindern.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

**Herr von Hinzte Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.** Herr von Kühlmann hat also doch zurücktreten müssen. Er scheidet weniger infolge seiner persönlichen Differenzen mit der Obersten Heeresleitung, als wegen des allgemeinen Mißtrauens, das seine Haltung seit Brest-Litowsk allenthalben bei den Parteien hervorgerufen hat. An seine Stelle tritt eine Persönlichkeit, die eine gewisse Gewähr dafür zu geben scheint, daß sich nunmehr das Zusammenarbeiten von Armee und Politik reibungslos vollzieht. Herrn von Hinzte begleitet ebenso wie einst Herrn von Kühlmann der Ruf, ein besonders tüchtiger Diplomat zu sein, — als Staatsmann ist er noch nicht

herorgetreten. Wie Herr von Kühlmann i. Zt. hat er eine vertrauende Gefolgschaft hinter sich. Von den politischen Anschauungen des neuen Staatssekretärs zu sprechen, erübrigt sich, da nicht er für die Leitung der auswärtigen Politik verantwortlich ist, sondern der Reichskanzler. Dennoch darf man die Ernennung des Herrn von Hinzte als eine Konsolidierung der Kräfte derjenigen Richtung betrachten, die von der Überzeugung ausgeht, daß England niedergeworfen werden muß, ehe an die Möglichkeit des Friedens gedacht werden kann, ein Standpunkt, den ich hier in Heft 1 u. 26 d. J. nachdrücklich vertreten habe. Wirkungen der Wahl Hinztes sind